

MPG Spiegel

29. MAI 1991
Univ.-Bibl. München

Aktuelle Informationen für Mitarbeiter und Freunde der Max-Planck-Gesellschaft

B 20396 F

2
10. Mai 1991



Herausgegeben vom Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Redaktion: Michael Globig (Chefredakteur), Horst Meermann (Chef vom Dienst), Walter Frese, Eugen Hintsches (Wissenschaftsberichte), Ulrike Emrich (Personalien).

Sitz und Verlag der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.: Bunsenstr. 10, 3400 Göttingen

Anschrift der Generalverwaltung der MPG: Residenzstraße 1a, 8000 München 2
Telefon (089) 21 08-1, Telex 522 203

Satz und Druck: Kastner & Callwey
Weihenstephaner Straße 27
8000 München 80
ISSN 0341-7727

★

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist die Nachfolgerin der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie unterhält 62 eigene Forschungsinstitute und Forschungsstellen, in denen insgesamt 13 000 Mitarbeiter tätig sind, davon etwa 5 000 Wissenschaftler. Der Jahresetat 1991 ist mit insgesamt 1308 Millionen DM veranschlagt. Davon entfallen 1239 Millionen DM auf öffentliche Mittel. Die Forschungsaktivität der Max-Planck-Institute erstreckt sich überwiegend auf Grundlagenforschung in den Natur- und Geisteswissenschaften. Da sie ihre Aufgabe vor allem darin sieht, Schrittmacher der Forschung insbesondere in Ergänzung zu den Hochschulen zu sein, kann sie nicht in allen Forschungsbereichen tätig werden. Sie versucht daher, ihre Mittel und Kräfte dort zu konzentrieren, wo besondere Forschungsmöglichkeiten erkennbar sind. Wie schon die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft so ist auch die Max-Planck-Gesellschaft eine gemeinnützige Organisation des privaten Rechts in der Form eines eingetragenen Vereins. Das zentrale Entscheidungsgremium der Max-Planck-Gesellschaft ist der Senat, in dem eine gleichwertige Partnerschaft von Staat, Wissenschaft und sachverständiger Öffentlichkeit besteht.

★

Der MPG-Spiegel will Mitarbeiter und Freunde der Max-Planck-Gesellschaft aktuell informieren. Er erscheint in einer Auflage von zur Zeit 22 000 Exemplaren.

Beiträge des Gesamtbetriebsrats (GBR) werden unverändert abgedruckt. Der Vorstand der MPG behält sich lediglich vor, bei abweichender Auffassung in wesentlichen Fällen dazu Stellung zu nehmen. Doch kann aus dem Fehlen einer Stellungnahme nicht geschlossen werden, daß der Inhalt eines GBR-Beitrags die Billigung des MPG-Vorstands findet. Schriftleiterin des GBR: Ingrid Scholz.

Alle im MPG-SPIEGEL vertretenen Auffassungen und Meinungen können nicht als offizielle Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Organe interpretiert werden. Das gilt insbesondere für die Sparte »Nach meiner Meinung«.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet.

Aus dem Inhalt

Kriminologie

Mit einem starken Anstieg der Kriminalität rechnen die meisten Bürger in den neuen Bundesländern. Dies hat unter anderem eine Umfrage ergeben, die Kriminologen des MPI für ausländisches und internationales Strafrecht und des Bundeskriminalamts in den neuen und alten Bundesländern durchgeführt haben.

Seite 1

Verhaltensphysiologie

Der Zwergschwan – ein europäisch-asiatischer Zugvogel – wurde auf seiner Wanderung von einem Satelliten verfolgt: Wissenschaftler der Vogelwarte Radolfzell des MPI für Verhaltensphysiologie wollten damit mehr über einzelne Aspekte des Vogelzugs erfahren.

Seite 4

Bildungsforschung

Entgegen mancher Vorhersagen zeigt sich kein Trend zur Abkehr von der Familie: Dies hat Dr. Johannes Huinink vom MPI für Bildungsforschung bei seiner Untersuchung zur Entwicklung von Familie und Partnerschaft herausgefunden.

Seite 6

Nachrichten

Auf seiner Sitzung in Frankfurt hat der Senat der MPG die Einrichtung von 13 befristeten Arbeitsgruppen an Universitäten der neuen Bundesländer beschlossen.

Seite 11

Der Wissenschaftliche Rat hat dem Präsidenten der MPG eine Empfehlung zur Förderung von Wissenschaftlerinnen übergeben.

Seite 14

Diese Empfehlung lesen Sie in vollem Wortlaut auf

Seite 18

Köpfe

Gerd Hombrecher ist der neue EG-Referent der MPG.

Seite 21

Forschungspolitik

In seinem Bericht vor dem Wissenschaftlichen Rat setzte der Präsident der MPG, Prof. Hans F. Zacher, einige für die MPG wegweisende forschungspolitische Akzente.

Seite 27

Soziobiologie

Prof. Wolfgang Wickler, Geschäftsführender Direktor des MPI für Verhaltensphysiologie, referierte auf dem Martinsrieder Forum über »Soziobiologie: Ein starkes Konzept mit einem blinden Fleck«.

Seite 30

Gesamtbetriebsrat

Dieter Hess und Fritz Lehnert schildern die Folgen von Umstrukturierungen und Schließungen in der MPG.

Seite 39

Personalien

Seite 42

Titelbild

Mit einem Sender auf dem Rücken kann dieser Zwergschwan – ein europäisch-asiatischer Zugvogel – von einem Satelliten aus regelmäßig geortet und sein Zug vom Winterquartier ins sommerliche Brutgebiet verfolgt werden. Wissenschaftler der Vogelwarte Radolfzell des Max-Planck-Instituts für Verhaltensphysiologie wollen mit dieser Methode der Satelliten-Ortung herausfinden, wie der Vogelzug im einzelnen abläuft. Drei Zwergschwäne wurden dabei auf ihrem Frühjahrszug vom holländischen Küstengebiet bis in den Raum um Leningrad von einem Satelliten »ausgespäht« (siehe Bericht auf Seite 4).

Foto: Berthold

Verantwortung für die Flexibilität der MPG

Auszug aus dem Bericht des Präsidenten der MPG vor dem Wissenschaftlichen Rat
Über Prioritätensetzung zur Innovation

Nach unserer Satzung erstattet der Präsident dem Wissenschaftlichen Rat jährlich einen Bericht. Der Bericht kann nur selektiv sein. Und wenn ich mich recht erinnere, haben sich meine Vorgänger die Freiheit genommen, Schwerpunkte zu bilden. Es ist das erste Mal, daß ich vor Sie trete, um diesen Auftrag zu erfüllen. Erlauben Sie, daß ich meine Schwerpunkte nach einem ganz subjektiven Gesichtspunkt bilde: an Hand der Erfahrungen, die ich in den ersten 33 Wochen meiner Amtszeit, die nun hinter mir liegen, gemacht habe.

Ich will mit der schönsten Erfahrung beginnen: mit der Bereitschaft zu Einsatz und Kooperation, die ich angetroffen habe. Das gilt für die Wissenschaftlichen Mitglieder. Aber es gilt auch für die Mitarbeiter in der Generalverwaltung. Es gilt für die Aufgaben, die wir gemeinsam zu erfüllen haben. Und es gilt für allen Rat, alle Unterstützung, mit der Sie mir, dem neuen Präsidenten, geholfen haben. Was ich so in diesen Monaten an Kollegialität und an Verantwortung für die Geschicke unserer Gesellschaft erleben durfte, lag – oft weit – über dem, was ich zu erhoffen gewagt hatte. Und es hat mich immer wieder mit Freude erfüllt, daß die Max-Planck-Gesellschaft dem Rang, den sie in unserer Gesellschaft beansprucht und einnimmt, nicht nur wissenschaftlich, sondern gerade auch durch das Pflichtbewußtsein, die Solidarität und die Redlichkeit der Menschen, die in ihr wirken, gerecht wird. Ich danke Ihnen für diese gute Erfahrung. Und ich bitte Sie, sie mir zu erhalten. Ich leugne nicht den Eigennutz, der hinter dieser Bitte steht. Vor allem aber bitte ich Sie namens unserer Gesellschaft.

Das wichtigste Beispiel für diese Erfahrung war die Zusammenarbeit in bezug auf die neuen Bundesländer:

□ die Arbeiten der Präsidentenkommission unter Vorsitz von Herrn Walther, die unser Konzept entwickelt und immer wieder ergänzt hat;

□ die Vizepräsidenten und die Sektionsvorsitzenden, mit denen es auf die notwendigen Institutionen und Verfahren hin zu Ende gedacht wurde;

□ die Sektionen, die es diskutiert und einmütig mitgetragen haben;

□ die Mitglieder der Sektionskommissionen, die eine Menge zusätzlicher Arbeit und Verantwortung auf sich genommen haben;

□ und die vielen Wissenschaftlichen Mitglieder und Institute, die Vorschläge gemacht und ihre Realisierung vorbereitet haben.

Es sind 41 Vorschläge für befristete Arbeitsgruppen an den Universitäten der neuen Bundesländer eingegangen, dazu 23 Vorschläge für die Gründung von Projektgruppen oder Max-Planck-Instituten. Das übertraf alle Erwartungen. Die dafür eingesetzten Kommissionen der Sektionen haben inzwischen in Abstimmung mit der Präsidentenkommission 13 solcher Vorschläge für Arbeitsgruppen zur Realisierung und die nähere Prüfung von bisher sieben Vorschlägen für Projektgruppen oder Institute empfohlen. Über weitere vier derartige Vorschläge wird noch beraten.

Ich möchte alle diejenigen schon jetzt um Verständnis bitten, deren Vorschläge nicht berücksichtigt werden konnten. Das war bereits angesichts der großen Zahl der Vorschläge gar nicht anders möglich.

Wir haben unsere Vorhaben bereits dem Senatsplanungsausschuß unterbreitet und dessen Billigung dafür gefunden. Am 8. März werden wir damit erneut vor den Senat gehen. In seiner November-sitzung hatte der Senat unser Konzept einstimmig gebilligt. Nunmehr wird er über die Konkretisierung zu befinden haben. (Der Senat hat auf seiner Sitzung am 8. März einstimmig die Einrichtung von 13 befristeten Arbeitsgruppen an Universitäten der neuen Bundesländer – vorbehaltlich der Sicherstellung ihrer Finanzierung – beschlossen, siehe S. 11.

Anmerkung d. Red.:) Die Finanzierung ist noch nicht endgültig geklärt. Bund und Bund-Länder-Kommission stehen zu unseren Vorhaben und Finanzanforderungen positiv. (Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat inzwischen den Haushalt der MPG verabschiedet. Hierin sind 30 Millionen DM für die neuen Bundesländer enthalten, unter anderem auch für die Gründung der befristeten Arbeitsgruppen, s. Seite 11. *Anm. d. Red.:*) Nach den derzeit geltenden Regeln müßten die neuen Bundesländer jedoch die Hälfte der Ausgaben für die Einrichtungen übernehmen, die in den neuen Bundesländern jeweils errichtet werden. Das können die neuen Bundesländer nicht leisten. Hier steckt das Problem, das noch gelöst werden muß.

Ich danke aber auch allen Instituten, Wissenschaftlichen Mitgliedern und Mitarbeitern, die sich im »kleinen Grenzverkehr« um Zusammenarbeit und Austausch mit Forschern und Instituten in der DDR bemüht haben. Das war das Schnellste, was geschehen konnte. Und es war und ist eine wichtige Grundlage für alle weiteren Entscheidungen in der Max-Planck-Gesellschaft in Richtung auf die neuen Bundesländer. Die Beziehungen und Kenntnisse, die so in die Max-Planck-Gesellschaft eingebracht wurden, sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß wir zum richtigen wissenschaftlichen Zusammenwachsen der alten und der neuen Bundesländer beitragen können.

Ein besonderer Dank ist schließlich den Mitgliedern der Max-Planck-Gesellschaft zu sagen, die im Wissenschaftsrat an dem schwierigen Prozeß der Evaluation der Institute und Universitäten in der ehemaligen DDR teilnehmen. Sie nehmen viele und schwere Opfer auf sich – nicht zuletzt die Last, über zu viel Schicksal zu entscheiden. Aber ohne diese Evaluation ist die notwendige Umwandlung der Forschungspotentiale der ehemaligen DDR nicht zu leisten. ►

Die Diskussion unseres auf die neuen Bundesländer bezogenen Programms hat im Senat übrigens zu der Frage geführt, was wir in bezug auf die Nachbarländer Polen, Tschechoslowakei, Ungarn usw. sowie in bezug auf die Sowjetunion zu tun gedächten. Ich meine, daß diese Dimension in der Tat unsere besondere Aufmerksamkeit verdient, daß sie jedoch nicht mit der Dimension der neuen Bundesländer vermischt werden darf. Wir haben in der Generalverwaltung ein Sonderprogramm für Mittel- und Osteuropa erarbeitet. Fördernde Mitglieder wollen dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.

Lassen Sie mich nun aber diese Welt der schönen Erfahrungen verlassen, um Ihnen eine ganz andere Problematik vorzutragen, die ich eher als eine Erfahrung der Sorge bezeichnen möchte. Ich möchte sie in zwei Grundthesen zusammenfassen, die sich in der Wirklichkeit vielfältig berühren.

- Die erste These: Die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen und unsere Kräfte auf prioritäre Felder zu konzentrieren, ist größer, als dies in unserer Gesellschaft gemeinhin bekannt ist und ernst genommen wird.
- Die zweite These: Die Kräfte der Innovation und die Kräfte der Beharrung sind ungleich verteilt. Wir haben zu wenig Innovation und zuviel Beharrung.

Demgegenüber erscheint es mir notwendig, nicht nur Prioritäten zu setzen, sondern die Prioritäten vor allem in Richtung auf Innovation zu setzen.

Ich will versuchen, meine Thesen zu erläutern. Die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, hat nüchterne Sachzwänge zu Gründen. Um ihnen gerecht zu werden, müssen wir uns von allen Wachstumsillusionen lösen. Freilich gibt es Unerinnerungen an ein gewaltiges Wachstum. Von 1954 bis 1975 wuchs etwa die Zahl der Planstellen von 2050 auf 8288. Aber seitdem wuchs sie von Jahr zu Jahr nur noch in Zehnergrößen. Bis heute liegt sie unter 9000. Der letzte Jahreszuwachs an Stellen betrug neun Stellen für das Max-Planck-Institut für Polymerforschung. Das ist die Realität, mit der wir zu rechnen haben. Schlimmer noch: Der Korridor unserer finanziellen Möglichkeiten bleibt gleich breit, während sich die realen Spielräume des Handelns verengen.

Sie kennen die uns gegebene Zusage, daß unser Etat fünf Jahre lang um fünf Prozent wachsen soll. Wieviel das real bedeutet, ist offen – vielleicht weniger, vielleicht um oder unter null vom Hundert, kaum mehr. Und selbst, wenn uns zwei von Hundert oder mehr an realem Zuwachs gewährt würden, würden sich die Spielräume unseres Handelns verengen. Sie mindern sich

- erstens mit jeder Ressource – jeder Stelle, jedem Gerät, jedem Gebäude, jedem Ausgabeposten, der für eine Stelle, ein Gerät, ein Gebäude oder sonst etwas gebunden ist – die einem alten Zweck so gewidmet ist, daß sie für einen neuen Zweck nicht zur Verfügung steht;
- zweitens, weil die Kosten der Forschung jenseits aller Lohnkosten-, Teuerungs- oder Inflationsraten ihr eigenes Wachstum haben. Weil, um ein Beispiel zu nennen, das neue Teleskop nicht nur um die Inflationsrate teurer als das alte ist, sondern um das, was es weiterentwickelt ist. Weil es in der Forschung neben der »inflation rate« noch eine »sophistication rate« gibt.

Das bedeutet, daß wir innerhalb des Korridors eine Forschung vermutlich nur dann auf relativ gleichem Spitzenniveau halten können, wenn wir eine andere preisgeben.

Ich habe Ihnen angekündigt, daß ich mich in diesem Bericht von Erfahrungen leiten lasse. Und dies – der krasse Widerspruch zwischen überzeugend begründeten Mittelanforderungen der Institute und den Spielräumen unseres Handelns – zählt zu den erschreckendsten Erfahrungen dieser Monate. Vor allem Berufungsverhandlungen haben mich besonders eindrucksvoll belehrt. Gerade der Widerspruch zwischen dem, was in Berufungsverhandlungen sehr plausibel als wünschenswert und nützlich, ja zumeist als zwingend notwendig dargetan wird, und dem, was zu geben möglich ist, ist alarmierend. Und wegen dieser Erfahrungen habe ich auch gesagt, daß die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, nicht genügend ernst genommen wird. Denn manche Kollegen glauben in der Tat, die Finanzabteilung, der Institutsbetreuer, der Generalsekretär oder auch der Präsident sitzen auf einem Geldsack, der ängstlich zugehalten wird, während er doch geöffnet werden sollte.

Demgegenüber müssen wir alle einsehen: Jedes echte Wachstum der Mittel, ja oft schon die Erhaltung des qualitativen und quantitativen Standards einer Fachrichtung, einer Abteilung oder eines Instituts setzt voraus, daß eine Priorität gesetzt wird: zugunsten dieser Forschungsrichtung, dieser Abteilung oder dieses Instituts und zu Lasten einer anderen Forschungsrichtung, einer anderen Abteilung, eines anderen Instituts. Alle, die an Entscheidungsprozessen beteiligt sind – vor allem die Mitglieder von Berufungs-, Zukunfts- und ähnlichen Kommissionen –, müssen mit in die Verantwortung dafür eintreten, daß diese Prioritäten nach beiden Richtungen richtig gesetzt werden. Ich weiß, daß es Kollegen untereinander schwerfällt, negative Verteilungsentscheidungen zu treffen. Und so wird es immer wieder gerade mein Amt sein, auf solche Prioritäten hinzuwirken. Aber der Präsident kann das nicht allein leisten, wenn er nicht die Hilfe Ihrer Kompetenz findet. Wir werden auch noch über zusätzliche Mechanismen diskutieren müssen, wie wir Effizienz und Innovation noch besser als bisher bei der Verteilung der Ressourcen berücksichtigen können. Ich bin dem Intersektionellen Ausschuß dankbar dafür, daß er entsprechende Diskussionen angefangen hat und fortführen will. Ich verspreche mir davon weitere Hilfe. Das wird aber die Verantwortung der Sektionen und ihrer Kommissionen ebensowenig mindern können wie die Verantwortung des Präsidenten.

Das Geld ist, wie nicht selten im Leben, zugleich der banalste wie der härteste Grund für den Zwang, Prioritäten zu setzen. Aber es gibt auch noch einen anderen: den organisatorischen. Selbst wenn man uns das Geld gäbe, beliebig zu wachsen, stünden wir vor dem Problem, welche Größe die Max-Planck-Gesellschaft nicht überschreiten darf, ohne ihre Identität zu gefährden oder zu verlieren. Das gilt für die fachliche Über-schaubarkeit, für die Möglichkeit kollegialer Selbstverwaltung in den Instituten und in den Sektionen. Und es gilt für die Generalverwaltung, die sich mit jedem Mitarbeiter mehr von dem Ideal des persönlichen Engagements in Richtung auf eine unpersönliche Bürokratie hin entfernt. Schon die unerläßliche Ausweitung der Max-Planck-Gesellschaft auf die neuen Bundesländer wirft diese Probleme

me auf. Wir können uns mit Wachstum allein die Frage nach den Prioritäten nicht ersparen.

Schließlich greift die Frage der Prioritätensetzung über auf die Problematik der Innovation. Wenn wir schon auf den Feldern, auf denen wir jetzt arbeiten, erstklassige Forschung nicht überall zugleich gewährleisten können, so ist offensichtlich, daß wir Neues nur aufgreifen können, wo wir Altes aufgeben oder einschränken. Innovation aber ist für das Wesen der Max-Planck-Gesellschaft entscheidend. Innovation ist jedoch nicht nur durch den Korridor der Finanzen gefährdet. Dafür gibt es weitere Gründe.

Dazu ist freilich eine Zwischenbemerkung notwendig. Innovation kann hier auf zweierlei Weise verstanden werden. Auf der einen Seite gibt es das, was ich hier einmal ganz unfachmännisch die »kleine Innovation« nennen möchte: das Weiterentwickeln eines Fachs, das schon Gegenstand der Forschung in einem Max-Planck-Institut ist. Auf der anderen Seite gibt es das, was ich hier ebenfalls bewußt unfachmännisch die »große Innovation« nennen möchte: das Aufgreifen ganz neuer Themen, die wegen der Entwicklung und Bedeutung des Gebiets als auch deshalb, weil sich herausragende Forscherpersönlichkeiten erkennen lassen, in den typischen Verantwortungsbereich der Max-Planck-Gesellschaft fallen.

Wenn ich hier von »Innovation« spreche, meine ich zunächst diese »große Innovation«. Und wenn ich die Innovation mit der Frage in Verbindung bringe, ob wir die Prioritäten richtig setzen, so meine ich, daß wir immer wieder bereit sein müssen, nach solchen ganz neuen Forschungsbereichen zu suchen, solche ganz neuen Forschungsbereiche aufzugreifen und alte Forschungsbereiche zu verlassen, die des spezifischen Einsatzes des Instrumentariums der Max-Planck-Gesellschaft nicht mehr bedürfen – etwa, weil sie in die Normalität universitärer Forschung eingegangen sind – oder sie doch für den Fortgang wissenschaftlicher Erkenntnis wesentlich weniger wichtig geworden sind als die neuen Themen. Und wenn ich so von einem Mangel an »großer Innovation« spreche, so meine ich ein Ungleichgewicht. Wir haben viele »kleine Innovationen« und zu wenig »große Innovationen«.

Die Gründe dafür liegen auch offen zutage. Was auf dem eigenen Fachgebiet weiter geschehen soll, darüber wissen die Spezialisten in den Instituten vorzüglich Bescheid. Und daß sich das eigene Fach erfolgreich weiterentwickelt, daran haben sie auch ein maximales Interesse. Aber hinsichtlich der neuen Fragestellungen auf anderen Gebieten, derer sich die Max-Planck-Gesellschaft noch nicht angenommen hat, sind sie nicht in gleicher Weise sachkundig. Und sie aufzugreifen, liegt nicht in gleicher Weise in ihrem Interesse.

Demgegenüber müssen wir uns immer wieder fragen: Wie verantworten wir das, was wir tun, gegenüber dem, was wir auch tun könnten und sollten? Wie führen wir das, was wir noch nicht tun, in unsere Beratungen und Entscheidungen ein? Was tun wir, um die Selbstverständlichkeit unter Kontrolle zu bringen, daß das, was wir schon tun, wichtiger ist als das, was wir noch nicht tun? Ich bin dem Wissenschaftlichen Rat besonders dankbar, daß er mit dem Referat von Herrn Seibold heute einen Anfang damit macht, unsere Arbeit und deren Entwicklung vor neue Horizonte zu stellen. Wir müssen auch sonst noch mehr tun, um unseren Ort auf der Landkarte möglicher Spitzenforschung noch besser bestimmen zu können. Die Max-Planck-Gesellschaft wird auf Dauer ihrem Anspruch nur gerecht werden können, wenn sie nicht nur dort gut ist, wo sie arbeitet, sondern auch darin gut ist, zu wissen, wohin sie sich entwickeln muß. Und das heißt auch: zu wissen, welche Felder sie verlassen muß.

Unsere Probleme beschränken sich aber nicht auf dieses Ungleichgewicht zwischen »großer« und »kleiner Innovation«. Mitunter – ja nur zu oft – fehlt uns auch die Flexibilität zur »kleinen Innovation«. Das ist dann der Fall, wenn alte Arbeitsgebiete sich in Mitarbeiterstäben verfestigen, die mit einer innovativen Neuberufung nicht vereinbar sind. Das ist zuweilen auch dann der Fall, wenn eben teure Apparate, Gebäude usw. – Investitionen also – weitere Nutzung in der alten Richtung zu verlangen scheinen.

Wir stoßen, wenn wir darüber nachdenken, auf einen Grundwiderspruch des Harnack-Prinzips. Auf der einen Seite gilt das Harnack-Prinzip dem aussichtsreichen Fach der Grundlagenfor-

schung und dem herausragenden Gelehrten, der es meistert. Auf der anderen Seite gilt das Harnack-Prinzip einem zentralen Instrument: dem Institut. Dem herausragenden Gelehrten soll für jenes aussichtsreiche Fach das Instrument eines wohleingerichteten Instituts an die Hand gegeben werden. Ein Institut errichten heißt seiner Natur nach jedoch, Kräfte der Beharrung zu etablieren.

Diesen Widerspruch einfach aufzulösen, ist nicht möglich. Dem exzellenten Forscher für das aussichtsreiche Forschungsfeld nicht das Instrument des adäquat eingerichteten Instituts an die Hand zu geben, wäre eben gerade nicht jenes Optimum an Forschungsmöglichkeit, das mit dem Harnack-Prinzip angestrebt wird und das die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ebenso wie die Max-Planck-Gesellschaft groß gemacht hat. Den Beharrungskräften des Instituts den Vorrang zu lassen, ist gleichfalls nicht möglich. Dann wird die Max-Planck-Gesellschaft zu einer Forschungsbürokratie, wie es beliebig viele andere gibt. So lästig es ist: Das Wesen der Max-Planck-Gesellschaft besteht darin, daß sie diesen Widerspruch annimmt und ihn als Spannung aushält.

Das Schwierige daran ist, daß sich dieser Widerspruch in so viel Konkretheit, in so viel Alltag äußert. Nicht nur die Versuchungen sind vielfältig, den Kampf für die Flexibilität aufzugeben. Zuweilen sind es einfach auch Zwänge. Und jeder Präsident, der die Verantwortung der Direktoren für die Flexibilität in den Instituten anmahnt, wird hier lästig – zuweilen erscheint er als ein Don Quichotte, der gegen die Windmühlen unvermeidlicher Beharrung anreitet. Gerade deshalb möchte ich Ihnen schon in meinem ersten Bericht sagen, daß ich nichts Geringeres als die Identität der Max-Planck-Gesellschaft auf dem Spiel stehen sehe, wenn es um die Verantwortung für die Flexibilität geht. Und diese Identität ist kein Selbstzweck. Der Zweck besteht in den ausgezeichneten Möglichkeiten der Forschung, welche die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft geboten haben und bieten. Und deren Zweck wiederum besteht in dem Wert, den exzellente Grundlagenforschung für die Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft darstellt. ■